

## POLEN

*Maximilian Hedrich*

Im internationalen sowie europäischen Vergleich zählt Polen im Bereich der Klima- und Umweltpolitik nicht zu den Vorreitern. Dies lässt sich schon am Anteil erneuerbarer Energiequellen verdeutlichen. So sprechen die errechneten Zahlen für das Jahr 2012 eine deutliche Sprache. Den größten Teil der Energiegewinnung macht die Kohle mit 55 Prozent aus, gefolgt von Öl (26 Prozent) und Gas (15 Prozent). Die erneuerbaren Energien nehmen im polnischen Energiemix nur 4 Prozent ein, wobei den größten Anteil Wasser- und Biomassekraftwerke bilden.<sup>1</sup> Mit der Vorlage eines Strategiepapiers „Energiepolitik Polens bis 2030“ im Jahr 2009 nahm sich die polnische Regierung der schon damals zu erkennenden Probleme unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte an: Es gilt die Energieeffizienz zu verbessern, die Verfügbarkeit von Brennstoffen und die damit verbundene Energie zu sichern, eine Diversifizierung der Energiegewinnung (in diesem Fall die Einführung der Kernenergie) voranzutreiben, neue Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen zu entwickeln, die Schaffung wettbewerbsfähiger Kraftstoff- und Energiemärkte sowie die Verminderung der Auswirkungen der Stromerzeugung auf die Umwelt zu erreichen.<sup>2</sup> Insbesondere der Aspekt der Einführung der Kernenergie stieß bei vielen EU-Partnern, in Hinblick auf die Katastrophe von Fukushima, auf Ablehnung. Und dennoch sieht man in Polen, aufgrund einer zu erwartenden Verdopplung des Energiebedarfs zwischen 2000 bis 2020, keine andere Alternative. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen die Pläne jedoch auf Eis, nicht zuletzt da die Fragen nach der Atommülllagerung und der Finanzierung bisher unbeantwortet blieben.

### DIE ENERGIEWENDE STEHT STILL

Die oben genannten Zahlen zum Anteil der erneuerbaren Energien stellen die polnische Regierung vor große Probleme, da die von der EU geforderte Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus Erneuerbaren Quellen (28/2009/EG) nicht korrekt und fristgerecht umgesetzt wurde. Im schlimmsten Fall könnte die EU Polen mit enormen finanziellen

Sanktionen (bis zu 133.000 Euro pro Tag, rückgerechnet bis zur Umsetzungsfrist vom 5. Dezember 2010) belegen.<sup>3</sup> Wie weit Polen im Feld der Energiegewende hinterherhinkt, lässt sich ebenfalls bei Betrachtung der von der EU gesetzten 20-20-20-Ziele erkennen. Polen hätte demnach schon im Jahr 2010 einen Anteil erneuerbarer Energien von 7,5 Prozent haben sollen. Dieses Ziel wurde den Zahlen nach deutlich verfehlt. Es scheint daher als so gut wie sicher, dass der von der EU angestrebte Energieanteil an erneuerbaren Energien von 20 Prozent für das Jahr 2030 in unendliche Ferne gerückt zu sein scheint. Daraus lässt sich schließen, dass es in diesem Sektor an Investitionen mangelt und dass das Potenzial für ebendiese Investitionen bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Die polnische Regierung möchte allerdings nicht als Spielverderber im Bereich der Klima- und Umweltpolitik gelten und ist bemüht, eine baldige Lösung zu erarbeiten. Zur Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energiequellen wurden daher einige Maßnahmen initiiert, so zum Beispiel Steuerbegünstigungen und der 50-Prozent-Nachlass bei den Kosten für die Einspeisung von Grünem Strom. Finanziert werden diese Maßnahmen zum größten Teil durch das „Operationelle Programm für Infrastruktur und Umwelt“, das einen Umfang von knapp 37,6 Milliarden Euro und eine Laufzeit von sieben Jahren (2007–2013) hatte. 22,18 Milliarden Euro stammten aus dem Kohäsionsfonds und 5,74 Milliarden aus dem „EFRE“, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.<sup>4</sup>

### SCHIEFERGAS UND KOHLE ALS GARANT FÜR EINE BESSERE ENERGIEAUTONOMIE

Die aktuelle Krise in der Ukraine bringt nun eine energiepolitische Debatte in Gang, die sich hauptsächlich mit dem Thema Energieversorgung und -sicherheit beschäftigt. Das Oberthema Klimawandel spielt momentan weder in der Politik noch in der Gesellschaft oder den Medien eine hervorzuhebende Rolle. Schon vor der Krise in der Ukraine beschäftigte sich die energiepolitische Debatte in Polen praktisch nur mit zwei Themen: der Schiefergasförderung und der Zukunft der Kohleindustrie. Polen verfügt über vergleichsweise hohe Schieferaufkommen, wovon sich die

1 | U.S. Energy Information Administration (EIA), „Poland. Country Analysis Note“, <http://eia.gov/countries/country-data.cfm?fips=pl> [28.07.2014].

2 | Republik Polen, Wirtschaftsministerium, „New draft of „The Polish Energy Policy until 2030““, <http://mg.gov.pl/NR/rdonlyres/033D8417-33CC-4054-9781-E19487CFF784/48244/NewdraftofThePolishEnergyPolicyuntil2030.pdf> [28.07.2014].

3 | Thomas Winkler, „Polen: Kohle statt Energiewende“, EU-Infothek, 26.08.2013, <http://eu-infothek.com/article/polen-kohle-statt-energiewende> [28.07.2014].

4 | Europäische Kommission, „Regionalpolitik – Info regio. Entwicklungsprogramme. Polen“, <http://bit.ly/1SzM14> [28.07.2014].



*Das Kraftwerk Belchatów in der Woiwodschaft Łódź gilt als Europas größter CO<sub>2</sub>-Emittent.*

polnische Regierung mehr Unabhängigkeit insbesondere von russischem Gas erhofft. Polen zahlt als ehemaliger Satellitenstaat der Sowjetunion fast doppelt so viel für russisches Gas wie die westeuropäischen Staaten. Polen muss circa 500 Euro, und somit den höchsten Preis in der EU, für 1.000 Kubikmeter russisches Gas zahlen, die Abnehmer im Westen hingegen nur 300 Euro. Die aktuelle Lage im Nachbarland hat die Schiefergasdebatte erneut befeuert. Aktuelle Schätzungen sagen, dass sich das Schiefergasvorkommen auf 346 bis 768 Milliarden Kubikmeter beziffern lässt. Die anfängliche Euphorie wird jedoch von der relativ tiefen Lage der Vorkommen und den somit enormen Kosten für die Gewinnung getrübt.<sup>5</sup> Dennoch möchte Ministerpräsident Donald Tusk den Einstieg in den Schiefergasmarkt möglichst noch vor Ende seiner zweiten Amtsperiode im Jahr 2015 realisiert sehen. Es geht hierbei aber um mehr als nur um wirtschaftliche Aspekte. Die auf der Geschichte basierende Angst der polnischen Bevölkerung vor einer zu großen Abhängigkeit von ihren Nachbarn, insbesondere Russland, spielt eine entscheidende Rolle. Unter Einbeziehung der historischen Perspektive lassen sich demnach auch die folgenden Leitmotive der Energiepolitik erkennen. Polen verlangt, dass alle Entscheidungen im Bereich der internationalen Energiepolitik nur unter Einbeziehung Polens getroffen werden. Mit Argwohn beobachtet man eventuelle Alleingänge von zum Beispiel Deutschland und Russland im Fall der Nord-Stream-Pipeline. Darüber hinaus möchte Polen seine Abhängigkeit von Russland durch die eventuelle Schiefergasförderung oder sogar durch den Einstieg in die Atomenergie vermindern. Hiermit einher geht der Grundsatz der Diversifizierung vor Liberalisierung, be-

gründet in der Angst vor einer zu großen Einflussnahme russischer Unternehmen auf den polnischen Energiemarkt.<sup>6</sup>

#### WIRTSCHAFTSWACHSTUM CONTRA ENERGIEWENDE

Die polnische Regierung ist bemüht, eine nachhaltige und umweltfreundliche Klima- und Energiepolitik voranzutreiben, jedoch nicht um jeden Preis. Im Vergleich zu anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks kann Polen seit 1989 eine sehr positive wirtschaftliche Entwicklung vorweisen. Diese durch die enormen Kosten einer Energiewende zu gefährden, liegt weder im Interesse der Politik noch der Bevölkerung. So würden steigende Energiepreise die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten stark belasten, nicht zu erwähnen die Angst vor dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in der Kohleindustrie. So hat Polen schon seit längerer Zeit das Konzept einer Teilung der energiepolitischen Lasten aufgeworfen. Länder wie Polen, die diese Kosten nicht alleine bewältigen können, sollen durch diesen Schritt entlastet und in ihrer ökonomischen Entwicklung nicht behindert werden. Die Angst der Bevölkerung vor einem Verlust des hart erarbeiteten Wohlstands durch die Energiewende, gilt es ernst zu nehmen. Insbesondere wenn man das Verhalten anderer aufstrebender Länder wie China oder Brasilien beobachtet, die das wirtschaftliche Wachstum und die damit verbundene Wohlfühlstandsmehrung kompromisslos an erster Stelle positionieren und parallel den Klima- und Umweltschutz stark vernachlässigen. Die Bevölkerung auf den Weg der Energiewende mitzunehmen, wird also eine der zentralen Aufgaben der polnischen Politik sein. Dies fällt momentan auch aufgrund der Wahrnehmung der deutschen Energiewende schwer. „Wenn Deutschland das nicht schafft, wie sollen wir es dann bewältigen“, ist eine oft gehörte Schlussfolgerung. Auch deshalb steigt der Zuspruch zur Förderung von Schiefergas und die Beibehaltung eines starken Kohlesektors innerhalb der Bevölkerung aber auch der Politik.

#### POLENS WUNSCH – ENERGIEUNION

In den letzten Wochen wurde, nicht zuletzt durch die Entwicklungen im Nachbarland Ukraine, der Ruf nach einer gemeinsamen europäischen Energieunion, initiiert durch Polen, lauter. Dieser Vorschlag einer „Energie-Gemeinschaft“ ist nicht neu. Schon als im Jahr 2005 und 2006 die russisch-ukrainischen Gas-

5 | Polish Geological Institute, „Assessment of shale gas and shale oil resources of the lower paleozoic Baltic-Podlasie-Lublin basin in Poland. First Report“, Warschau, 03/2012, [http://www.pgi.gov.pl/pl/dokumenty-in-edycja/doc\\_view/769-raport-en.html](http://www.pgi.gov.pl/pl/dokumenty-in-edycja/doc_view/769-raport-en.html) [28.07.2014].

6 | Adam Grzeszak, „Analyse: Energie – Herausforderungen für Polen“, Bundeszentrale für Politische Bildung, 06.06.2012, <http://bpb.de/137784> [28.07.2014].

beziehungen eine Krise durchliefen, verfolgte Polen den Vorschlag einer so genannten Energie-NATO, die die Energieversorgung aller Mitgliedstaaten, nach dem Grundsatz des gegenseitigen Beistands, sichern sollte. Im Vordergrund stand damals wie heute eine Institutionalisierung und Stabilisierung der Energiebeziehungen in Europa. Bei genauerer Betrachtung ging es darum, eine von Russland unabhängige Energiepolitik zu entwickeln und die politische Macht Russlands, fast ausschließlich basierend auf Rohstoffen, eindämmen zu können. Polens damaliger Vorschlag stieß jedoch bei der Mehrheit der Mitgliedstaaten auf Zurückhaltung. Laut der polnischen Position sollte Russland gänzlich aus der Energiegemeinschaft ausgeschlossen werden. Die Westeuropäer sahen eine Gemeinschaft

nur unter Einbindung Russlands für funktionsfähig.<sup>7</sup> Die Geschichte scheint sich aus polnischer Sicht gegenwärtig zu wiederholen. Mit dem Vorstoß einer europäischen Energieunion versucht Polen erneut, sich von Russlands Energiequellen unabhängig zu machen. Die bisherigen Reaktionen der westlichen Partner sind eher höflich zurückhaltend als von ungeteilter Zustimmung geprägt.

7 | Oliver Geden, Andreas Goldthau und Timo Noetzel, „Energie-NATO‘ und ‚Energie-KSZE‘ – Instrumente der Versorgungssicherheit?“, Diskussionspapier, Stiftung Wissenschaft und Politik und Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit, S. 8–10, [http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Energie\\_KS\\_KSZE\\_geden\\_goldthau\\_noetzel.pdf](http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Energie_KS_KSZE_geden_goldthau_noetzel.pdf) [28.07.2014].

## RUSSISCHE FÖDERATION

*Claudia Crawford | Simon Kurz*

### RUSSLAND: DIE CHANCE LIEGT IN DER ENERGIEEFFIZIENZ

Wer im Winter schon mal in Russland war, dem werden die überheizten Räume oder Heizungen ohne Thermostat aufgefallen sein. Wärmeregulierung mittels Fenster öffnen – dies ist symptomatisch für Russlands Umgang mit Energie. Das Ergebnis ist: Im Vergleich zu anderen Staaten wie beispielsweise den Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder den USA sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verhältnis zum BIP besonders hoch (siehe Abb. 1). Russland ist mit einem Anteil von 5,2 Prozent an den weltweiten Emissionen der viertgrößte Kohlenstoffdioxidemittent der Welt.<sup>1</sup>

Für Russland haben die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung eine höhere Priorität – der Klimaschutz spielt nur eine untergeordnete Rolle. Das Wirtschaftswachstum basiert dabei auf dem Verbrauch von fossilen Rohstoffen, die in Russland reichlich vorhanden und damit sehr preiswert sind. Somit macht man sich auch keine Gedanken über die Frage Energiesicherheit für Russland. Die Suche nach alternativen Energie-

quellen hat deshalb keine Dringlichkeit und der Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsbranchen, der „Grünen“ Wirtschaft, spielt eine vernachlässigbare Rolle.<sup>2</sup>

Das Verhältnis der russischen Regierung zu Klimaschutzmaßnahmen ist aus mehreren Gründen ambivalent. So sind niedrige Energiepreise im Inland ein wichtiges Mittel, um soziale Probleme abzufedern und die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft zu stärken. Auch wird befürchtet, dass Klimaschutzprogramme im Ausland, die zu Energieeinsparungen im Verbrauch von fossilen Energieträgern führen, zu empfindlichen Einbußen für die rohstoffbasierte Exportwirtschaft Russlands führen. Die direkten Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor machen nämlich je nach Preisniveau bis zu 40 Prozent des russischen Staatsbudgets aus.<sup>3</sup>

1 | Vgl. Jan Burck, Christoph Bals und Kathy Bohnenberger, *Der Klimaschutz-Index. Ergebnisse 2012*, German Watch und Climate Action Network Europe, 12/2011, <http://germanwatch.org/de/download/1685.pdf> [28.07.2014].

2 | Vgl. Georgij Safonow, „Klimawandel und Wirtschaftswachstum“, *Russland Analysen* 274, 28.03.2014, S. 24, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russland-Analysen274.pdf> [28.07.2014].

3 | Vgl. Kirsten Westphal, „Russland: Klimapolitik im Abseits“, in: Susanne Dröge (Hrsg.), „Die internationale Klimapolitik. Prioritäten wichtiger Verhandlungsmächte“, *SWP-Studie*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 12/2009, S. ff., hier: S. 71–72, [http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009\\_S30\\_dge\\_ks.pdf](http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009_S30_dge_ks.pdf) [28.07.2014]; vgl. Alexey Kokorin und Anna Korpoo, „Russia’s Post-Kyoto Climate Policy. Real Action or Window-Dressing?“, *FNI Climate Policy Perspectives* 10, Fridtjof Nansen Institute, Hamburg, 05/2013, S. 4–5, <http://fni.no/doc&pdf/FNI-Climate-Policy-Perspectives-10.pdf> [28.07.2014].